

Durchführung dieser Aufgabe der Brandlergruppe zu einem erheblichen Teil gelungen ist, sie hat in der Tat den Übergang weiterer sozialdemokratischer Arbeitermassen in das Lager des Kommunismus verhindert. Rund 10 000 Wähler, die im September noch für die Sozialdemokratische Partei stimmten, sind der Wahl ferngeblieben und wurden nicht von der kommunistischen Partei mobilisiert. Die Bedeutung dieser Fikale der SPD als Barriere im Kampf der kommunistischen Partei um die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse liegt auf der Hand.

Dah es trotz des revolutionären Kampfes und der Initiative der Parteimitglieder nicht gelungen ist, in stärkerem Maße in die Reihen der Sozialdemokratie einzubrechen, die bisherigen Erfolge auszubauen und die Positionen der Partei zu stärken, hat im wesentlichen seine Ursache in einer Reihe politischer organisatorischer Fehler und Schwächen der Arbeit der kommunistischen Partei im Bezirk Württemberg.

Worin liegen die Fehler und Schwächen unserer Partei im Kampf gegen die SPD und ihre brandleristische Fikale in Württemberg? Die Bezirksleitung der KPD entwickelte in ihrem Wahlkampf eine unzulässige opportunistische Abweichung, die darin zum Ausdruck kam, daß sie die Lösung: „Kommunisten aufs Rathaus!“ zur Hauptlösung machte. Inhaltlich die noch vorhandenen parlamentarischen demokratischen Illusionen, die gerade von der SPD immer von neuem genährt werden, in den Massen zu zerstören, war die Lösung: „Kommunisten aufs Rathaus!“ geeignet, die parlamentarischen, demokratischen Illusionen zu erhalten und zu stärken. Mit dieser Lösung werden die Illusionen konzentriert, als genüge es, Kommunisten zu wählen, um eine Besserung der Lage der Arbeiterklasse im Rahmen der Gemeinde zu erreichen. An Stelle des Kampfes der Arbeiterklasse gegen die Diktatur des Großkapitals, gegen die mit unerhörter Wucht und Brutalität geführte Lohnrauboffensive der Unternehmer, gegen die brutale Aushungerspolitik des Kommunalapparates der Bourgeoisie gegenüber den Erwerbslosen und Sozialrentnern, tritt der parlamentarische geführte Kampf der Kommunisten in den Gemeindeparlamenten. Das ist die Konsequenz dieser opportunistischen Lösung! Diese Lösung macht die Partei zugleich auch unfähig, den Hauptkampf der Massen gegen die Sozialdemokratie als die soziale Hauptlinie der Bourgeoisie, die diese auch in den Kommunalverwaltungen ist, zu führen. Der Kampf unserer Partei gegen die SPD wird auf das Niveau des parlamentarischen Kampfes herabgedrückt.

Aus dieser falschen opportunistischen Einstellung heraus lassen sich eine ganze Reihe weiterer Fehler und Schwächen unserer Partei in Württemberg ableiten. Wenn sich die kommunistische Partei darauf beschränkt, nur durch den parlamentarischen Kampf, nur durch die Entlarvung der Sozialdemokratie in den Parlamenten den Massen einfluß der Sozialdemokratischen Partei liquidieren zu wollen, dann ist die Herstellung der Einheitsfront des Proletariats keine unbedingte Notwendigkeit. Aber das Ziel der kommunistischen Partei war niemals, die Bourgeoisie und ihre soziale Hauptlinie, die SPD, auf dem Parkett des Parlaments zu schlagen. Die Bourgeoisie und die SPD können nur im außerparlamentarischen Kampf, im Kampf der Massen und durch die Massen selbst unter Führung der kommunistischen Partei geschlagen werden. Das Parlament ist für die kommunistische Partei nur eine Tribüne, um die Massen zum Kampf gegen die Bourgeoisie und die SPD zu mobilisieren.

In der gegenwärtigen Situation, das hat das Zentralkomitee in allen seinen Beschlüssen dokumentiert, steht als Hauptaufgabe der Partei, die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse. Diese Mehrheit wird nur erobert durch die Organisierung und Führung aller Kämpfe der Arbeiter gegen die Bourgeoisie, in erster Linie durch die Organisierung und Führung des Kampfes der Arbeiter in den Betrieben gegen den Lohnraub, gegen jeden Willkürakt der

Zwei Welten

„Zwei Welten stehen sich gegenüber: der alte, morsche, faulende, der die Massen in Not und Elend pressende Kapitalismus und der junge, kräftige, aufblühende Sozialismus, der die Produzenten von der Arbeitsqual befreit, sie in ständig wachsendem Maße an der sich rasch entwickelnden gesellschaftlichen Produktion teilnehmen läßt, ihnen den Weg zum Aufstieg auf neue Höhen ebnet.“

Aus dem erschienenen Band I des Werkes von Hermann Remmele „Die Sowjetunion“, 300 Seiten, Leipzig, 2,85 Mark.

Unternehmer. Das ist die brennendste Aufgabe der Partei in dieser Situation. Hätte die württembergische Bezirksleitung entsprechend diesen Direktiven des Zentralkomitees gehandelt, so wäre es ihr vor allem in Stuttgart möglich gewesen, nicht nur die SPD, sondern auch ihre Fikale, die Brandlergruppe, zu schlagen, deren Führung die Gewerkschaftsbürokratie des DMB in Stuttgart, die Kraus, Dangel, Köhner usw. sind. In der Tat hat jedoch die Bezirksleitung keinen ernsthaften Kurs auf die Organisierung des Kampfes beispielsweise der Metallarbeiter in Stuttgart gegen den siebenprozentigen Lohnraub genommen. Obgleich die Belegschaften der größten Metallbetriebe Stuttgarts und Öhlings sich fast einmütig gegen den Lohnraub gewandt haben, obgleich einige Betriebe Streikbeschlüsse gefaßt haben, ist nur in dem Betrieb Daimler, Sindelfingen, unter Führung der KPD und der kommunistischen Partei der Streik — und zwar in glänzender Art — geführt worden, wobei gerade durch diesen Streik bewiesen wurde, daß die Arbeiter zum Kampf bereit und fähig sind, wenn sie nur eine Führung haben. Die Führer der Brandlergruppe unterscheiden sich bei der Durchführung des Lohnraubs an den Stuttgarter Metallarbeitern in nichts von der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie. Sie leisteten genau wie diese die gleiche Streikbrecherarbeit, sie verhinderten, daß sich die Metallarbeiter mit der Waffe des Streiks gegen den Lohnraub zur Wehre setzen. In dem die Parteileitung im Bezirk Württemberg darauf verzichtete, im Kampf der Metallarbeiter gegen den Lohnraub in der Tat die Führung zu übernehmen, ermöglichte sie es zugleich der SPD und der Brandlergruppe, ihre betrügerische, arbeiterverräterische Rolle fortzusetzen.

Die Tatsache, daß es der kommunistischen Partei im Bezirk Württemberg trotz der Krise in der SPD nicht gelungen ist, in die Reihen der Sozialdemokratischen Partei einzubrechen und größere Massen sozialdemokratischer Arbeiter aus der Front der sozialistischen Führer loszureißen, wie dies beispielsweise die kommunistische Partei in Baden mit Erfolg durchgeführt hat, ist nur ein Ausdruck der fehlerhaften Politik unserer Partei im Bezirk Württemberg. Ebenso das Fehlen einer Einheitsfrontbewegung von unten im Kampf gegen die Offensive der Bourgeoisie.

Diese fehlerhafte Politik, dieses Nichtverstehen, daß die Partei in der gegenwärtigen Situation, um die Bourgeoisie zu schlagen, den Hauptstoß gegen die SPD als die soziale Hauptlinie des Kapitalismus führen muß, hat zu einer weiteren großen opportunistischen Abweichung an einigen Orten in Württemberg geführt. So sind in sechs Orten kommunistische Ortsgruppen mit der SPD Listenverbindungen eingegangen, in drei Orten wurden von den Kommunisten gemeinsam mit den Sozialdemokraten „gemischte Listen“ aufgestellt. In dem Ort Untereichenbach wurde die Ortsgruppe der kommunistischen Partei liquidiert. Diese Ortsgruppe bildete zusammen mit der SPD-Ortsgruppe eine „Vereinigte Arbeiterpartei“.

Aus der gleichen opportunistischen Einstellung heraus, wie sie in der Lösung: „Kommunisten aufs Rathaus!“ dokumentiert wird, hat es die Parteileitung in Württemberg nicht verstanden, die Gemeindegewalten zu einer Mobilisierung auch der Kleinbauernmassen in Württemberg zu bewegen, um die Frage des Bündnisses der Arbeiter und Kleinbauern zum Kampfe gegen die Diktatur der Bourgeoisie unter proletarischer Führung zu stellen. Obgleich die Partei

Nazi- und SPD-Führer sichern die Durchführung der Notverordnung

Eine aufschlußreiche Abstimmung im braunschweigischen Landtag unter Nazi-Klagge

Braunschweig, 17. Dez. (Eig. Drahtf.)

Im braunschweigischen Landtag fanden sich in der letzten Zeit die Nazi- und SPD-Führer zu einer Einheitsfront zusammen, um die Durchführung der Brüning'schen Notverordnung zu sichern.

Die Nazifraktion hatte einen Dringlichkeitsantrag gestellt, der „das Staatsministerium ersucht, unverzüglich den Herren Reichspräsidenten und die Reichsregierung aufzufordern, die sofortige gänzliche Aufhebung der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 8. Dezember herbeizuführen“. Das Manöver der Nazis, sich als „Vertreter der Notverordnungsopposition Brüning's“ zu drapieren, gelang jedoch völlig daneben. Die KPD stellte durch den Gen. Winter die Nazis durch den Zusatzantrag:

„Die Durchführung der Notverordnung im Freistaat Braunschweig wird ausgelehnt.“

Bei den Nazis herrscht betretenes Schweigen. Sie sehen sich vor eine Abstimmung gestellt, die ihre betrügerische Agitation schwer trifft. Bei der Unterstützungsfrage zu dem kommunistischen Antrag unterstützt die SPD die Nazis, da diese nicht allein den kommunistischen Antrag zu Fall bringen können. In der Abstimmung erhebt sich

eine geschlossene Front von den Nazis bis zur SPD gegen den Antrag der Kommunisten auf Nichtdurchführung der Notverordnung.

Ein Entrüstungsturm von der Tribüne beantwortet diese Abstimmung. Nazis und SPD, sind beide Parteien des kapitalistischen

Staat für die Notverordnung mit all ihren bösen Auswirkungen auf die Werttätigen. Ihre Proteste sind Ausdruck der Täuschung der Massen. Es gibt nur eine Partei des Kampfes gegen die Notverordnung, die kommunistische Partei. Nachdem der klare kommunistische Antrag von der Nazi-SPD-Front zu Fall gebracht war, wurde der billige Naziantrag angenommen.

KPD-Landtagsfraktion fordert:

Notverordnung in Sachsen wird nicht durchgeführt!

Dresden, den 17. Dezember.

In der heutigen Landtagsitzung steht ein kommunistischer Antrag zur Abstimmung, in dem die KPD-Fraktion fordert, daß in Sachsen die Notverordnung nicht durchgeführt wird, für sächsische Beamte und Staatsarbeiter eine Gehalts- oder Lohnkürzung nicht stattfindet.

SPD verhindert Reichstageseinberufung

Auch die Führer der Landvolk-Partei für die neue Notverordnung

Berlin, 17. Dez. (Eig. Ber.)

Wester tagte der Vorkonferenz des Reichstages, um zur kommunistischen Forderung auf sofortige Einberufung des Reichstages, zwecks Aufhebung der Notverordnung Stellung zu nehmen. Genosse Torgler kritisierte zunächst die Verschleppung der Sitzungen des Vorkonferenz und forderte nunmehr Zusammentritt des Reichstages am 18. Dezember, damit die neue Notverordnung aufgehoben werden könne, ehe der ungeheure Lohn- und Gehaltsabbau, die Erhöhung der Umsatzsteuer usw. in Kraft getreten seien.

Für die SPD erklärte Dittmann, daß die SPD gegen die Einberufung des Reichstages sei. Dieselbe Haltung nahmen die übrigen Regierungsparteien ein, so daß der kommunistische Antrag abgelehnt wurde.

Wichtig für die Kleinbauern ist die Tatsache, daß auch der Vertreter der Landvolk-Fraktion sich gegen die Einberufung des Reichstages erklärte und sich für Aufrechterhaltung der Notverordnung einsetzte, da die Landvolkpartei durch die Bestimmungen der Notverordnung völlig zurückgedrängt sei. Ausschlaggebend waren die Stimmen der SPD. Die SPD-Führer haben die Einberufung des Reichstages verhindert, sie

sind für Aufrechterhaltung und Durchführung der Notverordnung. Nur mit größter Empörung werden Tausende bisheriger SPD-Arbeiter diese Tatsache zum Kenntnis nehmen. Jeder politisch ehrlich denkende Arbeiter muß mit den SPD-Führern, die den Faschismus Schritt für Schritt den Weg bereiten, brechen und sich einreihen in die rote Einheitsfront unter Führung der kommunistischen Partei.

Polizeirazzia in Hellaerau

Sie sucht Waffen bei Kommunisten

Gestern fanden in Klosshe-Hellaerau Hausdurchsuchungen bei Arbeitern statt. Die Polizei gab an, nach Waffen zu suchen. In den Arbeiterwohnungen wurde jeder Winkel durchsucht. Gefunden wurde nichts. Diese Polizeirazzia bei Arbeitern findet statt, nachdem die Nazis Attentate gegen den Arbeitersport durchgeführt haben. Torgau macht Schule.

„Ausnahmen von der Mietsenkung“

Eine neue Notverordnung? Die Hausbesitzer fordern Beibehaltung der Neubausmieten

Berlin, 17. Dezember (Eig. Ber.)

Wie verlautet, stehen die Durchführungsvorschriften zur 4. Notverordnung kurz vor der Fertigstellung. In der Notverordnung ist bekanntlich u. a. festgelegt, daß das Reichsarbeitsministerium und Reichsjustizministerium in „Ergänzung“ des Kapitels über die Mieten „für Fälle bestimmter Art Ausnahmen von den Vorschriften“ über die Mietsenkung anordnen können. Was es heißt, soll nun erörtert werden, ob nicht „angesichts der schwierigen Rechtsverhältnisse“ eine neue Ergänzungs-Notverordnung zur 4. Notverordnung erlassen wird.

Die Hausbesitzer entfalten eine starke Aktivität in der Richtung, daß die „Ausnahmen von der Mietsenkung“, insbesondere für die Neubausmieten, im wesentlichen eine Beibehaltung der Mieten in der gegenwärtigen Höhe festsetzen.

Zur 4. Notverordnung selbst ist zu bemerken, daß auch dort, wo die zehnprozentige Senkung der Mieten erfolgen würde, es sich nur um die 10 Prozent Ermäßigung der Friedensmieten handelt; in Berlin z. B., wo der Mietpreis auf 124 Prozent steht, würde somit die Miete nicht um 10 Prozent, sondern nur um etwa 8 Prozent gesenkt werden.

Weiterhin unterliegen gemäß der 4. Notverordnung vom 1. Januar 1932 Wohnungen mit einer Friedensmiete von 800 Mark und mehr in Berlin, bis herab zu 300 Mark in kleinen Orten, nicht mehr der Verfügung durch das Wohnungsamt, d. h. der Hauswirt kann sie frei vermieten. Auch ist die Umwandlung von Wohnungen in gewerbliche Räume und Zusammenlegung von mehreren Wohnungen nunmehr gestattet.

Kennzeichnend für die Stimmung der Mieter ist eine Resolution des Reichsbundes, der jedoch nur die Stimmung aufzufangen beabsichtigt; es heißt da u. a.:

„Daß die Reichsregierung dem egoistischen und unsozialen Streben des Hausbesitzes nach beschleunigtem Abbau der gesamten Mietsenkungsgesetzgebung in weitestgehendem Maße statt-

gegeben hat. ... Ein Sturm der Entrüstung aber geht durch die Reihen der Mieterchaft infolge der Bestimmungen der Notverordnung über den völligen Abbau der Hausbaukosten zum alleinigen Nutzen des Hausbesitzes. Praktisch wird der Hausbesitz mit dieser Regelung ein Kapitalgewinn in Höhe von 40 bis 50 Millionen Mark zugeführt.“

Rölnrer KPD-Zeitung verboten

Der Oberpräsident der Rheinprovinz hat das Organ der KPD, die „Sozialistische Republik“ auf die Dauer von zwei Wochen verboten. In der Verbotsbegründung wird angeführt, die Zeitung habe in tendenziöser und verheerender Weise über die Zusammenstöße zwischen Kommunisten und Nazis in Essen und über die Gerichtsverhandlung bezüglich der Ermordung des Stahlhelmführers Heißer berichtet. Das gefährde die öffentliche Sicherheit und Ordnung.

Wieder eine Gemeinde bankrott!

Das Gemeindeverordnetenkollegium der Gemeinde Eschle Amtshauptmannschaft Chemnitz, mußte in einer Sitzung am 28. November 1931 feststellen; die Gemeinde ist zahlungsunfähig.

Infolge kapitalistischer Anarchie und Notverordnungsgewalt wird es noch unzähligen Gemeinden ebenso ergehen.

Was geschieht mit den Opfern?, den Wohlfahrtsempfängern und Unterstützungsbedürftigen in den Gemeinden? Sie werden dem Hungertode preisgegeben. Kleinrentner verlieren ihre Existenz.

Und wo liegt der Ausweg?

Der einzige Ausweg: „Der gemeinsame Kampf aller Opfer des Kapitalismus, für den Sozialismus.“

So wird Notverordnung durchgeführt

Parteihaus in Remscheid besetzt

In Remscheid wurde am 15. Dezember das Parteihaus und das Büro der KPD besetzt. Alle Räume wurden durchsucht und drei Schreibmaschinen, ungedrucktes Papier aller Art, sowie zahlreiche legale Broschüren wurden beschlagnahmt. Zwei Personen wurden verhaftet. Außerdem wurde Hausdurchsuchung in der Privatwohnung eines Genossen vorgenommen.

Streik gegen Lohnabbau

Auch die Belegschaft in der Kampffront

Bei der Firma Steiner & Co., Berlin, Uferstraße 116, wird der Unternehmer den letzten Lohn abzubauen. Die Belegschaft in Stärke von etwa 40 Mann trat am Dienstag 17. Dezember in den Streik. Es fand eine gemeinsame Verhandlung der streikenden erwachsenen Arbeiter, und der Belegschaft, in der beschlossen wurde, daß die Belegschaft sich ebenfalls in die Kampffront einreihen.